



Gerling Informationen für  
wirtschaftsprüfende, rechts- und  
steuerberatende Berufe



10. September 1989  
9. Jahrgang, S. 144–165  
ISSN 0177-1868

9

Inhalt	Seite
<b>GI Leitsätze</b>	144
<b>Haftung des Wirtschaftsprüfers</b>	145
– Verjährung, § 51a WPO	
– vorvertragliche Schadenersatzansprüche, Ansprüche aus Geschäftsführer ohne Auftrag	
– Rechtsberatung, Art. 1 § 5 Nr. 2 Rechtsberatungsgesetz (OLG Hamburg Ur. v. 5. 4. 1989 – 5 U 44/86)	
<b>Haftung des Steuerberaters</b>	154
– fehlerhafte Rechtsberatung • (OLG Hamm Ur. v. 7. 12. 1988 – 25 U 34/88)	
<b>Versicherungsschutz des StB/Wp/RA</b>	156
– wissentliche Pflichtverletzung	
– Bindungswirkung des Anerkenntnisses im Deckungsprozeß	
– Weiterführende Hinweise (OLG Köln Ur. v. 27. 4. 1989 – 5 U 175/88)	
<b>GI Hinweis</b>	162

## GI Leitsätze

### Unerlaubte Rechtsberatung

Aufklärung und Beratung in Kredit- und Hypothekenangelegenheiten sowie bei Schwierigkeiten finanzwirtschaftlicher Art ist erlaubnispflichtige Rechtsberatung.

Die Erlaubnispflicht entfällt nicht deshalb, weil der Antragsteller sich für die im Vereinszweck betriebene Rechtsberatung seiner Mitglieder einer Person bedient, welche die Erlaubnis hat oder ihrer nicht bedarf.

(OLG Schleswig Beschl. v. 5.10.1988 – 2 W 120/87 – AnwBl 1989, 245)

### Unerlaubte/geschäftsmäßige Rechtsberatung

Der Begriff der Geschäftsmäßigkeit erfordert eine Tätigkeit, bei der der Handelnde beabsichtigt, sie – sei es auch nur bei sich bietender Gelegenheit – in gleicher Weise zu wiederholen. Bereits eine einmalige Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten kann die Absicht künftiger Wiederholungen indizieren.

(OLG Karlsruhe Ur. v. 25. 5. 1988 – 6 U 232/87 – AnwBl 1989, 244)

### Unzulässige Rechtsberatung des Steuerberaters

Ein Vertrag zwischen Steuerberater und seinem Mandanten über Verhandlungen mit den Gläubigern des Mandanten zwecks Herbeiführung einer wirtschaftlichen Sanierung verstößt gegen das Rechtsberatungsgesetz und ist daher nichtig.

Ein Anspruch aus einer solchen Tätigkeit steht dem Steuerberater weder aus Vertrag, nach den Vorschriften über die Geschäftsführung ohne Auftrag (§§ 677 ff. BGB), noch aus dem Gesichtspunkt der ungerechtfertigten Bereicherung (§§ 812 ff. BGB) zu.

(OLG Hamm Ur. v. 7.10.1988 – 25 U 59/88 rkr., StB 1989, 45 = NJW-RR 1989, 364)

### Rechtsberatungsgesetz, Zuverlässigkeit, Gewerbebetrieb

Einem Rechtsbeistand, der – wenn auch unter Zwischenschaltung einer „Ein-Mann-GmbH“ – eine Bar betreibt, bei der es sich um einen bordellartigen Betrieb handelt, fehlt die für seinen Beruf als Rechtsberater erforderliche Zuverlässigkeit, so daß die Erlaubnis zur geschäftsmäßigen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten zu widerrufen ist.

(Hess. VGH Ur. v. 19.7.1988 – 11 UE 1191/86, AnwBl 1988, 591)

## Haftung des Wirtschaftsprüfers

- Verjährung, § 51a WPO
- vorvertragliche Schadenersatzansprüche,  
Ansprüche aus Geschäftsführer ohne Auftrag
- Rechtsberatung, Art. 1 § 5 Nr. 2 Rechtsberatungsgesetz  
(OLG Hamburg Urt. v. 5. 4. 1989 – 5 U 44/86)

### Leitsätze (d. Verf.):

1. Der Alleingesellschafter und gleichzeitig einzige allein-vertretungsberechtigte Geschäftsführer einer WP-GmbH ist einer persönlichen Haftung – Durchgriffshaftung – nicht ausgesetzt.  
Eine Durchgriffshaftung würde den Mißbrauch von Rechtsformen und ein treuwidriges Berufen auf die rechtliche Selbständigkeit der GmbH voraussetzen.
2. Regreßansprüche wegen fehlerhafter Beratung bei Abschluß eines Kaufvertrages verjähren in fünf Jahren gem. § 51a WPO.  
Verjährungsbeginn ist der Zeitpunkt des Abschlusses des Kaufvertrages.
3. Die Regeln über den „sekundären Schadenersatzanspruch“ gelten auch für den WP.  
Die Pflicht zur Belehrung über Fehler in den eigenen Arbeiten und die Verjährungsbestimmung des § 51a WPO entfällt, sobald der Mandant nicht mehr belehrungsbedürftig ist. Die Belehrungspflicht des Mandanten entfällt mit einer Beauftragung eines RA zur Prüfung von Regreßansprüchen.
4. Die Hinzuziehung des WP zu Verkaufsverhandlungen ist berufstypisch. Die schriftliche Abfassung des Kaufvertrages nach Beendigung der Verhandlungen steht im unmittelbaren Zusammenhang mit der wirtschaftsberatenden Tätigkeit des WP und stellt keine zusätzliche und eigenständige Rechtsberatung dar (Art. 1 § 5 Nr. 2 Rechtsberatungsgesetz).
5. Die Vereinbarung eines Erfolgshonorars stellt eine gegen § 138 BGB verstoßende nichtige Honorarabsprache dar.
6. Schadenersatzansprüche aus nichtigen Beratungsverträgen wegen Verschuldens bei Vertragsschluß oder Geschäftsführung ohne Auftrag verjähren ebenfalls in fünf Jahren gem. § 51a WPO wie Schadenersatzansprüche aus positiver Vertragsverletzung eines wirksamen Beratungsvertrages.

### Aus den Gründen:

- a) Der Kläger wirft dem Beklagten Verletzung seiner als Wirtschaftsprüfer übernommenen Beratungspflichten vor. Doch ist der Beklagte nicht in allen vom Kläger angesprochenen Tätigkeitsbereichen persönliche Verpflichtungen eingegangen. Der Beklagte hat mehrere Verträge abgeschlossen, nämlich
- einen Beratungsvertrag zwischen der KG und der GmbH,
  - den Beratungsvertrag zwischen dem Zedenten und dem Beklagten persönlich,
  - den an die GmbH gerichteten, im Anschluß an den Verkauf der Gesellschaftsanteile durchgeführten Auftrag, die „Verkäuferbilanz“ zu prüfen, der entweder – wie der Beklagte vorgetragen hat – der GmbH schon im Laufe des Jahres 1977 erteilt worden ist oder sich aus Art. III des Vertrages ergab;
  - schließlich nach vom Beklagten bestrittener Darstellung des Klägers ein Vertragsverhältnis zwischen der Firma und der GmbH, welches indessen für die Entscheidung dieses Rechtsstreits dahingestellt bleiben kann.

Der Beklagte haftet dem Kläger nur persönlich, soweit er auch persönlich für den Zedenten tätig zu sein verpflichtet war. Für eine **Durchgriffshaftung** des Beklagten in den Bereichen, in denen die von ihm geleitete GmbH I Vertragspartner des Zedenten bzw. der KG war, liegt entgegen der Ansicht des Klägers nichts vor. Das würde einen Mißbrauch der unterschiedlichen Rechtsformen, ein treuwidriges Berufen auf die rechtliche Selbständigkeit der GmbH voraussetzen (vgl. beispielsweise BGHZ 68, 312, 315 und die dort genannten Beispiele), wofür hier nichts ersichtlich ist. Die bloße Tatsache, daß der Beklagte **Alleingesellschafter** und der – unstreitig – einzige **alleinvertretungsberechtigte Geschäftsführer** der GmbH war und ist, reicht dafür nicht aus. Seit Gründung der GmbH sind außerdem die Vertragsverhältnisse klar gestellt und insbesondere deutlich gemacht worden, daß sowohl die Prüfer als auch die Beratertätigkeit von der GmbH wahrgenommen wurden. Auch hat der Beklagte die Beteiligung unterschiedlicher Rechtspersonen an den einzelnen Auftragsverhältnissen in den Auftragschreiben vom 20.2.1978 deutlich hervorgehoben. Jedenfalls ist hier für ein insoweit treuwidriges Vorgehen des Beklagten nicht ersichtlich.

- b) Unabhängig davon, welche Beratungspflichten im einzelnen sich aus dem vom Beklagten persönlich mit dem Zedenten abgeschlossenen

Vertrag ergeben haben, ist danach jedenfalls eindeutig festzustellen und unstreitig, daß die im Zusammenhang **mit der Prüfung des Jahresabschlusses 1977 entfaltete Tätigkeit von der GmbH geschuldet war und nicht vom Beklagten persönlich**. Soweit der Beklagte in diesem Zusammenhang gehandelt und sich geäußert hat (u.a. Schreiben vom 14. 4. 1978), geschah dies im Namen der GmbH. Ihn trifft daher auch nicht die vertragliche Haftung dafür, daß angeblich die Prüfer ihre Tätigkeit aufgenommen haben, ohne daß die Verkäufer eine zu prüfende Bilanz vorgelegt haben, und bei der Prüfung und Testierung der Bilanzen fehlerhafte Grundsätze angewendet worden seien. Wenn in diesem Bereich Vertragsverletzungen gegenüber der KG bzw. deren Gesellschaftern als Verkäufer der Firmenanteile begangen worden sein sollten, wäre hierfür nach den Grundsätzen der positiven Forderungsverletzung durch die GmbH Schadenersatz zu leisten gewesen. Eine eigene Haftung des Beklagten als deren Vertreter scheidet daneben aus (BGH NJW 1964, 2009). Soweit die Rechtsprechung in besonderen Fällen den Vertreter des eigentlichen Vertragspartners auch für Verschulden bei der Durchführung eines Vertrages hat eintreten lassen (BGHZ 70, 337), lagen andere, nicht vergleichbare Sachverhalte zugrunde.

Schließlich sind Bedenken gegen die Wirksamkeit dieses, der Prüfung und Testierung der Bilanzen per 31. 12. 1977 zugrunde liegenden Rechtsverhältnisses nicht ersichtlich. Dieser Auftrag enthielt die typischen Aufgaben für einen Wirtschaftsprüfer und wurde daher vom Rechtsberatungsgesetz nicht erfaßt und war zumindest nach Art. 1 § 5 Nr. 2 Rechtsberatungsgesetz wirksam. Eine persönliche Haftung des Beklagten in diesem Bereich scheidet daher aus dem Gesichtspunkt quasi-vertraglicher Schuldverhältnisse aus.

Soweit der Kläger vorbringt, bei der Prüfung der Bilanzen 1977 habe der Beklagte als Vertreter der GmbH die Interessen der Verkäufer zugunsten der Käuferin, der Firma, vernachlässigt und geschädigt, indem er grundlos auf die Forderungen der Wirtschaftsprüfergesellschaft Dr. und Partner eingegangen sei, reicht dieses Vorbringen mangels ausreichender tatsächlicher Substanz, vor allem auch in subjektiver Hinsicht, nicht aus, um einen **Vorwurf aus unerlaubter Handlung, §§ 823 Abs. 2, 826 BGB**, gegen den Beklagten persönlich zu begründen. Für ein kollusives Zusammengehen zwischen dem Beklagten und der Firma zum Nachteil des Zedenten und seiner Mitgesellschafter gibt das Vorbringen des Klägers schon deshalb nicht genügend her, weil den Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in Art. III Abs. 1 des Kaufvertrages die Funktion von Schiedsgutachtern zugewiesen worden war, wie der Senat in seinem Urteil vom 12. 1. 1983 im einzelnen ausgeführt und der Kläger nicht angegriffen hat. Diese Auf-

gabe schloß die Möglichkeit, daß beide Wirtschaftsprüfungsgesellschaften durch Annäherung ihrer beiderseitigen Standpunkte zu einem übereinstimmenden Testat gelangen, nicht aus. Die Alternative wäre gewesen, daß, bei Nichtzustandekommen einer Einigung der im Vertrag vorgesehenen Wirtschaftsprüfergesellschaften, diese die Stellungnahme der sozusagen als Obmann vorgesehenen Wirtschaftsprüfergesellschaft D.T.-AG hätten einholen müssen, wogegen sich der Zedent zuvor selbst ausgesprochen hatte (vgl. dessen Schreiben vom 29.5.1978). Die bloße Einigung der Wirtschaftsprüfer untereinander stellte daher kein vertragswidriges oder gar kollusives Verhalten dar.

- c) Nach allem kommen Schadenersatzansprüche gegen den Beklagten persönlich allenfalls insoweit in Betracht, als er den Zedenten bei Abschluß des Kaufvertrages mit der Firma falsch beraten hat, sich also angebliche Pflichtverletzungen auf den Inhalt oder den Abschluß dieses Vertrages, nicht aber auf dessen Durchführung ausgewirkt haben.

Diese Ansprüche indessen sind **verjährt** oder unschlüssig.

aa) Nach **§ 51 a WPO** beträgt die Verjährungsfrist für vertragliche Ansprüche des Auftraggebers gegen den Wirtschaftsprüfer 5 Jahre seit der Entstehung des Anspruchs, wobei sich diese Bestimmung auf jede Art der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bezieht (BGHZ 78, 335).

Der Kläger verlangt **in erster Linie Ersatz des Schadens, der ihm durch die Veräußerung seines Anteils an der KG entstanden ist**, wobei er diesen einmal als die **Differenz zwischen dem eigentlichen Wert des Anteils und dem tatsächlich erzielten Kaufpreis von 240.000,- DM** bezeichnet **und zum anderen darin sieht, daß er an die Firma über 1,5 Mio. DM zurückzuzahlen verpflichtet ist**. Diese Schäden sind begründet worden mit **Abschluß des Kaufvertrages vom 3./9. März 1978**, endgültig entstanden jedenfalls mit Fälligwerden des Rückzahlungsanspruches der Firma aufgrund der Bilanztestate vom 26.7.1978, weil zu diesem Zeitpunkt Grund, Höhe und Fälligkeit der Rückzahlungspflicht des Beklagten feststanden. Mithin lief die Verjährungsfrist des § 51 a WPO im Juli 1983 ab. **Auf die Kenntnis des Ersatzpflichtigen** als weitere Voraussetzung für den Beginn der Verjährungsfrist **kommt es nicht an** (BGH GI 7/82 = WM 1982, 371 und BGH GI 8/82 = ZIP 1982, 451 m. Anm. Gräfe = BGHZ 83, 17, 19), jedoch hat die Rechtsprechung für die beratenden Berufe den sogenannten **sekundären Schadenersatzanspruch** entwickelt, welcher die Verjährungsfrist verlängern kann (BGH GI 8/82 = ZIP 1982, 451 m. Anm. Gräfe = BGHZ 83, 17; BGHZ 97, 290). Soweit bisher ausdrücklich entschieden, treffen den

Steuerberater und den Rechtsanwalt eine Verpflichtung, den Mandanten auf die Verjährungsfrist für einen etwaigen gegen ihn laufenden Schadenersatzanspruch hinzuweisen; geschieht dies nicht, ist Schadenersatz in der Form zu leisten, daß der Mandant so gestellt wird, als habe die Verjährungsfrist noch nicht zu laufen begonnen (BGH a.a.O.). Diese Grundsätze müssen wegen der übereinstimmenden Interessenlage auch für den Wirtschaftsprüfer gelten. Auf den vorliegenden Fall angewandt, bedeutet dies, daß auch der Beklagte ggf. zu einer entsprechenden Belehrung verpflichtet gewesen wäre. Diese Pflicht ist jedoch – auch insoweit in Übereinstimmung mit der Rechtsprechung – entfallen, als der Zedent nicht mehr belehrungsbedürftig war (BGH GI 8/82 = ZIP 1982, 451 m. Anm. Gräfe = WM 192, 369, 371). Er hat sich seit mindestens September 1978 anwaltlich beraten lassen, wobei das Schreiben der Rechtsanwälte vom 22.9.1978 zeigt, daß diese auch damit beauftragt waren, Regreßansprüche gegen den Beklagten zu prüfen; denn sie kündigten Schadenersatzansprüche gegen den Beklagten an. Da insoweit nunmehr der Zedent Rechtsberatung in Anspruch nahm, war der Beklagte zu keiner weiteren Belehrung hinsichtlich der Verjährungsfrist verpflichtet. Die Verjährungsfrist des § 51 a WPO war daher in jedem Fall verstrichen, bevor der Kläger im Juni 1984 seine Klage einreichte.

Die Streitverkündung des Zedenten an den Beklagten aus dem Vorprozeß blieb ohne Wirkung: Das Urteil vom 12.1.1983 ist mit Ablauf der einmonatigen Revisionsfrist Ende Februar 1983 rechtskräftig geworden. Mit der erst im Juni 1984 erhobenen Klage hat der Kläger die Frist des § 215 Abs. 2 BGB weit überschritten.

bb) .....

- d) **Der Kläger hält die Anwendung des § 51 a WPO deshalb für nicht gerechtfertigt**, weil er meint, der oder die vom Beklagten abgeschlossenen Beratungsverträge seien wegen unerlaubter Rechtsberatung nichtig. Der Senat folgt dieser Ansicht nicht.

§ 1 Rechtsberatungsgesetz untersagt denjenigen, die keine spezielle Zulassung besitzen, die Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten, sofern diese „geschäftsmäßig“ erfolgt. Eine Zulassung in diesem Sinne ist dem Beklagten nicht erteilt worden; insbesondere reicht es nicht, daß in der GmbH – und auch nur dort – zugleich ein Rechtsanwalt tätig ist, weil die Beratungsverträge hier entweder vom Beklagten oder von der Wirtschaftsprüfergesellschaft als solcher, die keine Rechtsanwaltszulassung besitzt, eingegangen worden sind. Daß der Beklagte und seine GmbH die Beratung gegenüber der KG und dem Zedenten

geschäftsmäßig übernommen haben, kann im Hinblick auf die berechneten Honorare nicht zweifelhaft sein.

Doch greift zugunsten der Wirksamkeit der Verträge die Bestimmung des **Art. 1 § 5 Nr. 2 Rechtsberatungsgesetz** ein: **Diese gestattet einem Wirtschaftsprüfer die rechtliche Bearbeitung** einer Angelegenheit, mit der er beruflich befaßt ist, **sofern sie in unmittelbarem Zusammenhang mit der Aufgabe des Wirtschaftsprüfers steht**. Diese Voraussetzungen sind, entgegen der Ansicht des Klägers, erfüllt.

Allerdings hat der Beklagte aufgrund des – hier maßgeblichen – persönlich mit dem Zedenten abgeschlossenen Beratungsvertrages auch Rechtsangelegenheiten bearbeitet. Er hat nach der insoweit unwidersprochenen Darstellung aus der Klageerwiderung die Interessen des Zedenten gegenüber dessen Mitgesellschaftern und der Firma vertreten, soweit es um den Anteil des Zedenten am Verkaufserlös ging, indem er den Zedenten beraten, maßgeblich an den Verhandlungen mit den Gesellschaftern und der Firma mitgewirkt und – ausweislich des Auftragschreibens – **auch im Interesse des Zedenten die schriftliche Abfassung des Kaufvertrages vorgenommen hat**. Diese Tätigkeiten stellen jedenfalls auch **Rechtsbesorgung** im Sinne des Art. 1 § 1 Rechtsberatungsgesetz dar, nämlich die **Mitwirkung an der Umgestaltung fremder Rechtsverhältnisse** (BGHZ 48, 12, 19; BGH GI 1988, 19 = BGHZ 102, 128, 130).

Doch stand im Vordergrund dieser Tätigkeit des Beklagten die **Wirtschaftsberatung**. Diese hätte ohne die damit verbundene rechtliche Bearbeitung nicht sachgerecht vorgenommen werden können. Dem Zedenten ging es darum, einen möglichst günstigen Verkaufserlös für die Veräußerung seiner Gesellschaftsanteile sowohl im Verhältnis zur Firma als auch gegenüber seinen Mitgesellschaftern zu erlangen. Das sind wirtschaftliche Ziele, und der Beklagte ist aufgrund seiner jahrelangen Tätigkeit für die KG und der dadurch erworbenen Kenntnisse, also wegen seiner Eigenschaft als Wirtschaftsprüfer und nicht als Rechtsberater, herangezogen worden.

Außerdem steht der Auftrag des Zedenten an den Beklagten in engem Zusammenhang mit der Tätigkeit der GmbH für die KG. Der Sachverhalt läßt ohne weiteres den Schluß zu, daß es zu dem persönlichen Auftrag an den Beklagten nicht gekommen wäre, wenn dieser nicht schon als Geschäftsführer der GmbH für die KG beratend tätig gewesen wäre. Auch der mit der KG vereinbarte Beratungsauftrag stellt – ungeachtet der damit gleichfalls verbundenen rechtsberatenden Tätigkeit – überwiegend Wirtschaftsberatung dar. Von entscheidender Bedeutung war hier die **Bewertung des zu verkaufenden Unternehmens** und die **Ermittlung**



des **Kaufpreises** – genau der Bereich, in dem auch die Vorwürfe des Zedenten im wesentlichen angesiedelt sind. Den Wirtschaftsprüfern ist im Kaufvertrag selbst eine zentrale Rolle für die Kaufpreisfindung zugewiesen worden. Ohnehin stellt eine Unternehmens- bzw. Gesellschaftsanteilsveräußerung in erster Linie eine kaufmännische Entscheidung dar und hängt – wie auch hier die zahlreichen Annexe zum Kaufvertrag zeigen – von den Faktoren, die den wirtschaftlichen Wert eines solchen Unternehmens bilden, ab. Daher ist die **Hinzuziehung von Wirtschaftsprüfern zu Verkaufsverhandlungen für Wirtschaftsprüfer auch berufstypisch** (vgl. Wirtschaftsprüfer-Handbuch, 9. Aufl., 1985/86, S. 1821).

In diesem größeren Rahmen war auch die Einschaltung des Beklagten persönlich für den Zedenten eingebettet, sie betraf einen Teilbereich aus dem Gesamtkomplex der Verkaufsverhandlungen. Dem Umstand schließlich, daß der Beklagte dabei auch die schriftliche Fassung des Kaufvertrages ausgearbeitet hat, kommt keine besondere Bedeutung zu: Damit wurde das Verhandlungsergebnis lediglich schriftlich formuliert. Daß der Beklagte insoweit eine **zusätzliche, eigenständige Rechtsberatung** gegenüber dem Zedenten bzw. der KG ausgeübt hat, ist nicht erkennbar und wird vom Kläger auch nicht konkret vorge-  
tragen.

Damit erfüllen aber die vom Beklagten abgeschlossenen Verträge die Voraussetzungen des Art. 1 § 5 Nr. 2 Rechtsberatungsgesetz. Allerdings war lange Zeit hindurch streitig, ob auch die reine Wirtschaftsberatung zu den „Aufgaben eines Wirtschaftsprüfers“ im Sinne dieser Vorschriften gehört (vgl. hierzu BGHZ 48, 12; OLG Köln, ZIP 1980, 1107; Altenhoff-Busch-Kampmann, Rechtsberatungsgesetz, 7. Aufl., Rz. 434 f.; Rennen/Caliebe, Rechtsberatungsgesetz, § 5 Rz. 52). Doch folgt der Senat der jüngsten Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom 4. 11. 1987 (BGH GI 1988, 19 = BGHZ 102, 128), mit welcher klargestellt wurde, daß auch die beratende Tätigkeit für den Wirtschaftsprüfer nicht nur, wie von der Rechtsprechung seit langem anerkannt, berufstypisch ist, sondern bei sinnvoller Auslegung des Art. 1 § 5 Nr. 2 Rechtsberatungsgesetz auch zu den dort genannten „Aufgaben“ eines Wirtschaftsprüfers gehört.

- e) Der zwischen dem Beklagten und dem Zedenten abgeschlossene Beratungsvertrag ist schließlich auch nicht aus anderen Gründen nichtig. Die Vereinbarung vom 20. 2. 1978 sieht allerdings ein Honorar „beim Zustandekommen des Vertrages“ vor und läßt daher auf die **Vereinbarung eines Erfolgshonorars** schließen. Dieses wäre – wie bei Rechtsanwälten (BGH in ständiger Rechtsprechung, zuletzt NJW 1987,

3203) – wegen eines Verstoßes gegen die guten Sitten nach § 138 BGB **nichtig**. Denn ebenso wie beim Rechtsanwalt gehören beim Wirtschaftsprüfer Objektivität und Unparteilichkeit zu den obersten Geboten seiner Berufsausübung (vgl. §§ 43, 44 WPO), und diese Unabhängigkeit wird gefährdet, wenn der Wirtschaftsprüfer durch Vereinbarung von Erfolgshonoraren seine eigenen wirtschaftlichen Interessen mit der Erfüllung eines Mandantenauftrages verquickt (BGH a.a.O.:) Erfolgshonorare sind daher auch für Wirtschaftsprüfer verboten (vgl. Buchner, Der Wirtschaftsprüfer, S. 189, 190) und die darauf gerichtete Vereinbarung ist nichtig. Gleichwohl erfaßt die Nichtigkeit hier nicht den Beratungsvertrag im Ganzen. Der Beklagte ist von der KG am 31.1. und von dem Zedenten am 9.2.1978, also schon vor Unterzeichnung der Auftragsschreiben vom 20.2.1978, beratend hinzugezogen worden, wie der Kläger insoweit nicht bestreitet. Die Beratungsverträge sind also zunächst mündlich begründet und erst am 20.2. ausformuliert und unterzeichnet worden. Daraus folgt, **daß die Beratungsverpflichtung des Beklagten als solche ohne Rücksicht auf die – mithin allein nichtige – Honorarabsprache wirksam eingegangen worden ist. § 139 BGB kommt nicht zur Anwendung.**

- f) Der Senat ist im übrigen der Auffassung, daß auch dann, wenn – entgegen den oben angestellten Erwägungen – die vom Beklagten für sich und seine GmbH abgeschlossenen Beratungsverträge nichtig wären, etwaige daraus resultierenden Schadenersatzansprüche des Klägers verjährt wären.

aa) Ob eine Haftung des Beklagten aus – wie der Kläger meint – **Verschulden bei Vertragsschluß oder aus §§ 309, 307 BGB generell infrage kommt und auf Ersatz der hier geltend gemachten Schäden gerichtet wäre**, kann im Ergebnis offenbleiben. Denn auch dann **unterliegen die Klageansprüche der kurzen Verjährungsfrist des § 51 a WPO**. Zwar ist diese Bestimmung ihrem Wortlaut nach auf Ansprüche „aus dem ... bestehenden Vertragsverhältnis“ bezogen. Doch fordert der Kläger hier so gestellt zu werden, als ob die Verträge mit dem Beklagten zustande gekommen und ordnungsgemäß erfüllt worden wären, der Zedent nämlich richtig und fehlerfrei beraten worden wäre. Die Ansprüche sollen an die Stelle des vertraglichen Anspruchs treten und sie haben, falls sie begründet sein sollten, ihre alleinige Ursache darin, daß es entgegen dem damals an sich vorhandenen Bestreben der Beteiligten zu einem Vertragsschluß nicht gekommen ist. Für solche Fälle hat die Rechtsprechung seit langem den **Grundsatz entwickelt, daß etwaige kürzere vertragliche Verjährungsfristen auch auf Ansprüche aus culpa in contrahendo, §§ 309, 307, 179 BGB, anzuwenden sind**,

wenn es sich lediglich darum handelt, einen Ausgleich für den verlorengegangenen Vertragsanspruch zu schaffen (insbesondere BGHZ 57, 191; BGHZ 73, 267). So liegt es auch hier. Die Forderungen des Klägers unterscheiden sich in keiner Weise von denjenigen, die durch Verletzung einer vertraglichen Beratungspflicht begründet werden könnten. Eine Rechtfertigung dafür, weshalb der Kläger deshalb günstiger gestellt sein soll, als er stünde, wenn der damals gewünschte Beratungsvertrag zustande gekommen wäre, ist nicht erkennbar. Deshalb greift auch insoweit § 51 a WPO ein (ebenso BGH GI 1987, 81 = BGHZ 100, 132, 136).

bb) Dasselbe muß gelten, wenn mit der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (BGHZ 37, 258, 262, auch BGH NJW 1988, 132) **die Vorschriften der Geschäftsführung ohne Auftrag anzuwenden** wären. Sieht man überhaupt in der vom Beklagten entfalteten Tätigkeit eine – im Fall der hier unterstellten Nichtigkeit der Verträge vom 20. 2. 1978 – Fremdgeschäftsführung, so wäre der Beklagte nach § 677 BGB verpflichtet gewesen, bei deren Ausübung die Interessen des Zedenten zu wahren und könnte sich in derselben Weise wie bei bestehender Vertragshaftung durch fehlerhafte Beratung schadenersatzpflichtig gemacht haben.

Zwar wird allgemein die Auffassung vertreten, daß Ansprüche aus Geschäftsführung ohne Auftrag nach § 195 BGB in 30 Jahren verjähren (für viele: Staudinger-Wittmann, 12. Aufl., Vorbem. zu §§ 677 bis 687, Rz. 33), jedoch macht die Rechtsprechung Ausnahmen für Ansprüche auf wiederkehrende Leistungen und auf solche, die an die Stelle von Erfüllungsansprüchen auf Vergütung treten, wendet also die kurzen Verjährungsfristen der §§ 196, 197 an (BGH NJW 1963, 2315 und BGHZ 73, 267, 269). Wie schon dargelegt, werden auch Ansprüche aus Verschulden bei der Vertragsanbahnung und diejenigen gegen den vollmachtlosen Vertreter aus § 179 BGB den – kürzeren – Verjährungsfristen unterworfen, wenn der jeweilige Vertrag solche vorsieht. Die Rechtfertigung liegt darin, daß Grundlage der Ansprüche jeweils das Vertrauen in das Zustandekommen eines Vertrages sei und es sich bei den Ansprüchen letztlich nur um den „Ersatzwert des ursprünglich Bedungenen“ handele (BGH a.a.O.).

Unter Würdigung dieser Rechtsprechung erscheint es dem Senat nur folgerichtig, hier zumindest analog die Vorschrift des § 51 a WPO anzuwenden. Denn ob ein zum Schadenersatz verpflichtendes Tun des Beklagten im Sinne des § 677 BGB vorgelegen hat, würde sich wiederum allein nach der dem Beklagten als Wirtschaftsprüfer und Berater zugewiesenen Funktion und seinen Fachkenntnissen beurteilen, und die infrage kommenden Ansprüche würden sich von denjenigen aus einer positiven

Vertragsverletzung nicht unterscheiden lassen. Jedenfalls gilt das für die hier vom Kläger behaupteten Schäden, die nicht auf einer typischen auftragslosen Geschäftsführung, sondern darauf beruhen, daß der Kläger meint, vom Beklagten als Wirtschaftsprüfer falsch beraten worden zu sein.

## Haftung des Steuerberaters

– fehlerhafte Rechtsberatung

(OLG Hamm Ur. v. 7.12.1988 – 25 U 34/88)

### Leitsatz (d. Verf.):

Der Steuerberater macht sich nicht schadenersatzpflichtig, wenn er einen Rechtsrat mit dem Hinweis verbindet, zur Klärung der Rechtsfrage einen Rechtsanwalt einzuschalten.

### Aus den Gründen:

Der Beklagte ist nicht verpflichtet, dem Kläger die Prozeßkosten des Räumungsprozesses zu erstatten.

Eine Haftung ist weder aus positiver Vertragsverletzung des Steuerberatervertrags noch aus einer unerlaubten Handlung gemäß § 823 Abs. 2 in Verbindung mit dem Rechtsberatungsgesetz als Schutzgesetz herzuleiten. Der Beklagte hat seine ihm gegenüber dem Kläger aus dem Steuerberatervertrag obliegende Verpflichtung, diesen nicht zu schädigen, nicht verletzt und **keine unerlaubte Rechtsberatung** im Sinne des § 1 des Rechtsberatungsgesetzes erteilt. Er hat weder objektiv pflichtwidrig einen falschen Rat erteilt noch zulasten des Klägers gegen ein seinen Schutz bezweckendes Gesetz verstoßen. Eine derartige pflichtwidrige Falschberatung, die zugleich eine Verletzung des Rechtsberatungsgesetzes darstellen würde, wäre zu bejahen, falls der Kläger von dem Beklagten dahin beraten worden wäre, den ab Mai 1984 fällig werdenden Mietzins mit der seit Januar 1980 auf den Mietzins zusätzlich gezahlten Mehrwertsteuer zu verrechnen. Dagegen ist eine zum Schadenersatz verpflichtende Handlung des Beklagten zu verneinen, wenn der Beklagte – wie er behauptet – **mit diesem Hinweis zugleich den Rat verbunden hat, zur Klärung der anstehenden Rechtsfragen einen Rechtsanwalt einzuschalten**. Nach dem hier erheblichen Empfängerhorizont hat der Beklagte nämlich durch diesen Zusatz klargestellt, daß die dem Kläger mitgeteilte Meinung über die

angestrebte Verrechnung eine **rechtlich unverbindliche Meinung** darstelle und wegen möglicher Rechtsfolgen der rechtlichen Abklärung durch einen Rechtskundigen bedürfe. Einen solchen Hinweis konnte der Kläger auch nicht mißverstehen, da der Hinweis auf eine rechtlich notwendige Abklärung Zweifel an der Unverbindlichkeit der von dem Beklagten geäußerten Ansicht nicht aufkommen lassen konnten.

Der Kläger hat nicht bewiesen, daß der Beklagte mit seinem Hinweis auf die Verrechnungsmöglichkeit nicht zugleich den Rat erforderlicher rechtlicher Abklärung verbunden hat.

Die als Zeugin vernommene Sekretärin des Klägers, die Zeugin P., die seit Juli 1988 bei dem Beklagten beschäftigt ist, hat bei ihrer Vernehmung in Abrede gestellt, daß der Beklagte dem Kläger erklärt habe, es erübrige sich einen Rechtsanwalt hinzuzuziehen, da er für alle Fragen, die mit der Kündigung des Mietverhältnisses zusammenhängen, kompetent sei und auch die rechtliche Seite der Angelegenheit überschaue. Nach ihrer Aussage hat der Beklagte den Kläger vielmehr bereits Ende April oder Anfang Mai 1984 in ihrem Beisein darüber belehrt, es müsse zur Klärung der Rechtsfragen ein erfahrener Rechtsanwalt hinzugezogen werden, der auch etwas vom Steuerrecht verstehe. Abgeraten hat der Beklagte in diesem Zusammenhang lediglich von der Beauftragung eines bestimmten Anwalts aus der Praxis der Rechtsanwälte R. in B., da er dessen Eignung für diesen speziellen Rechtsfall angezweifelt hat.

Bedenken, die der Kläger gegen die Richtigkeit dieser Aussage aus dem Umstand herleitet, daß die Zeugin P. deshalb zugunsten des Beklagten aussage, weil er ihr als Arbeitgeber nahestehende, sind nicht entscheidungserheblich. Selbst wenn die vorgetragenen Bedenken des Klägers zutreffend sind, könnte der Senat aufgrund dieses Umstandes nicht die Überzeugung gewinnen, der Beklagte habe von der Hinzuziehung eines Rechtsanwalts zur Klärung der Rechtsfragen abgeraten. Eine unrichtige Aussage der Zeugin wäre nicht geeignet, den Beweis für die gegenteilige Behauptung des Klägers zu führen.

Der Kläger, der weitere Beweismittel für seine Behauptung nicht benannt hat, ist daher beweisfällig geblieben.

Daß der Kläger für die behauptete Schlechterfüllung des Steuerberatervertrags und die falsche Rechtsberatung beweispflichtig ist, folgt aus dem Umstand, daß derjenige, der für sich ein Recht in Anspruch nimmt, die streitigen Tatsachen beweisen muß, die den Tatbestand der Rechtsnorm erfüllen.

## Versicherungsschutz des StB/WP/RA

- wissentl. Pflichtverletzung
- Bindungswirkung des Anerkenntnisses  
im Deckungsprozeß
- Weiterführende Hinweise  
(OLG Köln Ur. v. 27.4.1989 – 5 U 175/88)

### Leitsätze (d. Verf.):

1. Das Anerkenntnis eines Haftpflichtanspruchs durch den Konkursverwalter hindert den Versicherer nicht, im Verfahren auf abgesonderte Befriedigung aus dem Deckungsanspruch des VN (§ 157 VVG) sich auf einen Risikoausschluß zu berufen.
2. § 4 Nr. 6 Satz 1 AVB/WB beinhaltet nicht den Tatbestand einer Obliegenheitsverletzung, sondern eines Risikoausschlusses.
3. § 4 Nr. 6 AVB/WB enthält eine dem Versicherer günstige Abweichung von § 152 VVG. Bedenken gegen die Wirksamkeit dieser Abweichung bestehen nicht.
4. § 4 Nr. 6 AVB/WB enthält keine unangemessene Benachteiligung des VN gem. § 9 AGB-Gesetz.
5. Die Annahme einer Vermittlungsprovision für eine Anlageempfehlung an den Mandanten stellt einen Verstoß gegen die Standesrichtlinien dar (Zf. I Nr. 7 Abs. 1).  
Wird die Provisionsannahme nicht dem Mandanten offengelegt, begeht der StB eine grobe Pflichtverletzung aus dem Steuerberatungsvertrag.
6. Die Provisionsannahme und die Anlageempfehlung sind untrennbare Teilakte eines Vorgangs. Sie stehen in einem untrennbaren Zusammenhang.
7. Eine wissentliche Pflichtverletzung des VN verlangt den Nachweis, daß er seine Pflichten positiv gekannt und sie zutreffend gesehen hat.
8. Jeder StB weiß, daß es zu den elementaren Pflichten seines Berufes gehört, schon die Besorgnis von Interessenkollisionen und erst recht eine tatsächliche Interessenkollision zu vermeiden.
9. Die verdeckte Provisionsannahme zeigt, daß der StB „zwei Geschäfte in einem“ machen will.

### Aus den Gründen:

Das Landgericht hat die Klage im Ergebnis zu Recht abgewiesen. Den Klägern stehen Ansprüche gegen die Beklagte nicht zu. Was die Berufung hiergegen ins Feld führt, bleibt im Ergebnis ohne Erfolg.

1. Entgegen der Auffassung der Kläger ist eine **Bindung der Beklagten an das Anerkenntnis des Konkursverwaltrs nicht eingetreten.**

Im Bereich der Haftpflichtversicherung gilt das sogenannte Trennungsprinzip, d. h., Haftpflichtverhältnis und Deckungsverhältnis sind zu unterscheiden. Ob der Versicherungsnehmer Ansprüche gegen den Dritten hat, ist im Haftpflichtprozeß, ob der Versicherer dem Versicherungsnehmer Deckungsschutz zu gewähren hat, ist im Deckungsprozeß zu entscheiden.

Zwar kann eine Bindungswirkung u. a. eintreten, wenn der Versicherer dem Versicherungsnehmer in der Haftpflichtfrage nach Deckungsablehnung gleichsam freie Hand oder ihn im Haftpflichtprozeß alleine läßt. Daß diese Voraussetzungen im Streitfall vorliegen, ist jedoch nicht ersichtlich.

Die Kläger führen im Schriftsatz vom 27.10.1988 selbst aus, daß die Deckungsablehnung der Beklagten vom 18.2.1983 lediglich die Ansprüche der Geschädigten H. betrifft. Es wird hingegen nicht vorgebracht, wann der Versicherungsnehmer Sch. – und darauf kommt es an – den Schaden des Mandanten K. der Beklagten gemeldet hat, was Anlaß für eine Ablehnung **dieses** Anspruchs gegenüber Sch. gewesen sein könnte.

Im vorliegenden Verfahren gemäß § 157 VVG (abgesonderte Befriedigung aus dem Deckungsanspruch des Versicherungsnehmers Sch.) ist die Beklagte nicht gehindert, sich auf versicherungsrechtliche Einwendungen, beispielsweise einen Risikoausschluß, zu berufen. Aus den von den Parteien herangezogenen Vorschriften der §§ 158 d und e VVG ergibt sich nichts anderes. Soweit der geschädigte K. die Anmeldung seines Schadenersatzanspruches gegen Sch. zur Konkurstabelle der Beklagten nicht rechtzeitig angezeigt hat (§ 158 d Abs. 2 VVG), vermag dies allenfalls eine Beschränkung (§ 158 e VVG), nicht aber die Verwirkung der Haftung schlechthin herbeizuführen.

2. Vorliegend können die Kläger jedoch aus abgetretenem Recht keine abgesonderte Befriedigung von der Beklagten verlangen. Die Abtretung vom 16.12.1986/14.1.1987 geht insoweit ins Leere, weil dem

Versicherungsnehmer Sch. Entschädigungsansprüche gegen die Beklagte aus der abgeschlossenen Berufs-Haftpflichtversicherung nicht zustehen.

Die Beklagte beruft sich mit Erfolg auf die Bestimmung des § 4 Nr. 6 Satz 1 AVB-WB, wonach sich der **Versicherungsschutz nicht auf Haftpflichtansprüche wegen Schadenverursachung durch wissentliches Abweichen von Gesetz, Vorschrift, Anweisung oder Bedingung des Auftraggebers oder durch sonstige wissentliche Pflichtverletzung bezieht.**

- a) Bei der Vorschrift des § 4 Nr. 6 Satz 1 AVB-WB handelt es sich nach herrschender und zutreffender Meinung nicht um eine verhüllte Obliegenheit, sondern um einen **Risikoausschluß**, wie der Senat bereits früher entschieden hat (vgl. BGH VersR 1986, 647; OLG Düsseldorf VersR 1981, 621; 769; OLG Koblenz VersR 1980, 643; Senat, Ur. v. 21. II. 1985 – 5 U 74/85 – GI 1986, 16; Beschl. v. 9. 9. 1987 – 5 W 66/87 –; a.A. OLG Koblenz VersR 1982, 1089).

**Gegen die Wirksamkeit der Ausschlußklausel sind Bedenken nicht ersichtlich.** Zwar enthält § 4 Nr. 6 AVB-WB eine dem Versicherer **günstige Abweichung von § 152 VVG**. Nach § 152 VVG haftet der Versicherer nicht, wenn der Versicherungsnehmer den Eintritt der Tatsache, für die er dem (geschädigten) Dritten verantwortlich ist, vorsätzlich und widerrechtlich herbeigeführt hat. Dies kann nur dann bejaht werden, wenn der Versicherungsnehmer auch den Erfolg der schädigenden Handlung als möglich vorausgesehen und billigend in Kauf genommen hat (Prölss/Martin, VVG 24. Aufl., Anm. 1 zu § 152). § 4 Nr. 6 AVB-WB stellt dagegen auf den Erfolg nicht ab. Die Versagung des Versicherungsschutzes nach § 4 Nr. 6 AVB-WB ist unabhängig davon, ob der Versicherungsnehmer den Erfolg seines Fehlverhaltens vorhergesehen und – jedenfalls – in Kauf genommen hat, daß er wissentlich gegen das Gesetz verstoßen bzw. eine wissentliche Pflichtverletzung begangen hat (Bruck/Möller/Johannsen, VVG 8. Aufl., Band IV Anm. G 232; OLG Düsseldorf VersR 1981, 621).

Die hierin liegende Abweichung von § 152 VVG führt indes nicht zur Unwirksamkeit des § 4 Nr. 6 AVB-WB (OLG Koblenz VersR 1980, 643), weil § 152 VVG – auch zu Lasten des Versicherungsnehmers – abdingbar ist (Prölss/Martin a.a.O., Anm. 3 zu § 152 m.w.N.).

Die Ausschlußklausel des § 4 Nr. 6 AVB-WB enthält auch **keine unangemessene Benachteiligung des Versicherungsnehmers im Sinne von § 9 AGBG**. Das OLG Düsseldorf (VersR 1981, 621) hat zutreffend darauf hingewiesen, daß die Bestimmung des § 4 Nr. 6 AVB-WB für Versiche-



rungsnehmer gilt, von denen erwartet werden kann, daß sie sich nicht bewußt über Gesetze, Anweisungen und Pflichten hinwegsetzen. **Es ist verständlich und gerechtfertigt, daß der Haftpflichtversicherer diesen Personen nicht das Risiko abnehmen will, das sie eingehen, wenn sie wissentlich gegen Gesetz, Anweisungen oder Pflichten verstoßen.** Der insoweit angesprochene Personenkreis (hier: Steuerberater) kann dies auch nicht erwarten (OLG Düsseldorf a.a.O.).

- b) Die Voraussetzungen des § 4 Nr. 6 AVB-WB liegen im Streitfall vor. Indem der Versicherungsnehmer Sch. einerseits die Anlageempfehlung an K. gegeben, dafür andererseits aber von der Initiatorin des Objekts eine Vermittlungsprovision angenommen und dies dem Mandanten K. nicht offengelegt hat, hat er die Pflichten aus dem mit K. geschlossenen Steuerberatervertrag verletzt. Nach Ziffer I Nr. 7 Abs. 1 der Richtlinien für die Berufsausübung der Steuerberater und Steuerbevollmächtigten (Standesrichtlinien) ist jede gewerbliche Tätigkeit mit dem Beruf des Steuerberaters und Steuerbevollmächtigten unvereinbar. In Satz 2 heißt es dann weiter: „Die Annahme von Vorteilen jeder Art von Dritten, z. B. Provisionen für Vermittlungstätigkeit, ist berufswidrig.“

Zwar sind Anlageempfehlungen an den Mandanten des Steuerberaters unbedenklich und von diesem in vielen Fällen sogar erwünscht. Schon bedenklich ist es aber und stellt einen Verstoß gegen die Standesrichtlinien dar, wenn der Steuerberater für eine solche Anlageempfehlung von der Gegenseite eine Vermittlungsprovision annimmt. Jedenfalls kann es aber nicht mehr hingenommen werden und stellt einen Treubruch und **eine grobe Pflichtverletzung aus dem Steuerberatervertrag dar, wenn der Steuerberater wie hier die Provisionsannahme dem Mandanten nicht offenlegt.**

Es liegt in der Natur der Sache, daß steuerliche Berater mit ihren Mandanten auch die Frage erörtern, in welcher Weise diese ihr Vermögen am steuergünstigsten anlegen. **Der Mandant hat einen Anspruch darauf, daß sein Berater diesbezügliche Fragen mit völliger Objektivität beantwortet, sich also ausschließlich vom Interesse des Mandanten leiten** und sich nicht durch unsachliche Gesichtspunkte, insbesondere nicht durch zu erwartende persönliche Vermögensvorteile, beeinflussen läßt. Selbst wenn der steuerliche Berater gewillt ist, das Vorhaben sorgfältig zu prüfen, handelt er pflichtwidrig, wenn er hinter dem Rücken seines Mandanten sich von einem interessierten Dritten eine Provision versprechen läßt und dadurch in die Gefahr gerät, seinen Mandanten nicht mehr unvoreingenommen beraten zu können. In einer solchen Lage kann er dem Vorwurf des Treubruchs nur

dadurch entgehen, daß er dem Mandanten, dem er die Beteiligung an dem betreffenden Projekt nahelegt, das ihm erteilte Provisionsversprechen offenbart (BGHZ 95, 81, 84; 78, 263, 268).

Nach Auffassung des Senats kann der vorliegende Vorgang auch nicht einerseits in die steuerberatende Tätigkeit des Versicherungsnehmers und andererseits in die – verbotene – Provisionsannahme aufgespalten werden. Es handelt sich vielmehr **um Teilakte eines Vorgangs**, die nicht isoliert, sondern zusammen gesehen werden müssen, wie dies auch der Lebenswirklichkeit entspricht. **Die Provisionsannahme steht mit der Anlageempfehlung in einem untrennbaren Zusammenhang**, und diese kann nicht losgelöst von der steuerberatenden Tätigkeit gesehen werden. Eine Trennung zwischen der steuerberatenden Tätigkeit des Versicherungsnehmers Sch. und seiner anlagevermittelnden Tätigkeit ist nicht möglich; denn die Empfehlung einer steuerbegünstigten Anlage führt notwendigerweise zur Erörterung steuerlicher Probleme (vgl. BGHZ 95, 81, 87). Es liegt ein einheitlicher Lebenssachverhalt vor, der auch im Hinblick auf die Rechtsfolgen aus dem Versicherungsvertrag einheitlich zu beurteilen ist.

Der Versicherungsnehmer Sch. hat die dargestellte Pflichtverletzung **wissentlich** begangen. Zum subjektiven Tatbestand der Klausel gehört, **daß der Versicherungsnehmer seine Pflichten positiv gekannt und sie zutreffend gesehen hat** (BGH VersR 1986, 647, 648). Das Verschulden braucht hingegen die Verletzung der Rechte des Geschädigten und den Schadenerfolg nicht zu umfassen, wie bereits ausgeführt worden ist.

Der Senat verkennt nicht, daß der **Nachweis der subjektiven Voraussetzungen** des Risikoausschlusses in §4 Nr. 6 AVB-VB nicht schon dadurch geführt ist, daß sich der Steuerberater nach der Präambel der Standesrichtlinien nicht auf Unkenntnis ihres Inhalts berufen kann. Auch können der Beklagten nicht die Grundsätze des Anscheinsbeweises zugute kommen, weil sich eine durch die Lebenserfahrung gesicherte Typizität menschlichen Verhaltens und seiner Begleitumstände nicht ausmachen läßt und eine Beweisführung mittels Anscheinsbeweises deshalb insoweit nicht in Betracht kommen kann (vgl. dazu BGH r+s 88, 239).

Der Senat hat jedoch aufgrund der Umstände des Streitfalles die Überzeugung gewonnen, daß der Versicherungsnehmer Sch. die vorbezeichnete Pflichtverletzung wissentlich begangen hat. **Jeder Steuerberater weiß, daß es zu den elementaren Pflichten seines Berufes gehört, schon die Besorgnis von Interessenkollisionen und erst recht eine tatsächliche Interessenkollision zu vermeiden. Die verdeckte Provisionsannahme** von einer Seite für eine Anlageempfehlung an die andere Seite **gefährdet die**

**Unabhängigkeit des Steuerberaters und seine berufliche Entscheidungsfreiheit, bei seiner Tätigkeit im alleinigen und ausschließlichen Interesse des Mandanten zu handeln.** Das liegt so deutlich greifbar auf der Hand, daß der Steuerberater Sch. vor dieser Erkenntnis die Augen nicht verschlossen haben kann. Bereits bei geringer Einsichtsfähigkeit in seine beruflichen Pflichten steht dies einem Steuerberater klar vor Augen. Daß bei dem Versicherungsnehmer Sch. lediglich eine unterdurchschnittliche und nicht wenigstens durchschnittliche Einsichtsfähigkeit in seine beruflichen Pflichten vorhanden gewesen ist, ist weder vorgetragen noch sonstwie ersichtlich.

Nach Sachlage ist der Senat deshalb davon überzeugt, daß der Versicherungsnehmer Sch. die ihm vorgeworfene Pflichtverletzung sehenden Auges begangen hat, nämlich das Verbot einer verdeckten Provisionsannahme für eine Anlageempfehlung an den Mandanten gekannt und dies auch zutreffend gewertet hat. **Indem er die Provisionsannahme für die Anlageempfehlung dem Mandanten K. nicht offenbart hat, wollte er nach Überzeugung des Senats gleichsam zwei Geschäfte in einem machen.** Er war sich nach Überzeugung des Senats dabei bewußt, daß die von ihm gegebene Anlageempfehlung bei einer Offenlegung seines eigenen wirtschaftlichen Interesses durch die versprochene Provision an Überzeugungskraft verlieren würde und er dieses Geschäft nur durch seine Heimlichkeit und seinen Treubruch gegenüber dem Mandanten K. tätigen konnte.

Der Senat hält es für ausgeschlossen, daß Sch. etwa aus Nachlässigkeit oder durch die zu erwartende Provision gleichsam blind die Aufdeckung gegenüber dem Mandanten K. vergessen haben könnte. Der Steuerberater Sch. wußte nach Überzeugung des Senats vielmehr genau, was ertat, so daß die Frage keiner abschließenden Entscheidung bedarf, ob er Zweifel an der Pflichtgemäßheit seines Tuns gar nicht erst hat aufkommen lassen und sich arglistig der Erkenntnis der Pflichtwidrigkeit seines Handelns entzogen hat.

Durch die wissentliche Pflichtverletzung ist der **Schaden verursacht worden**, weil es bei pflichtgemäßem Handeln des Sch. nach Überzeugung des Senats nicht zu einer Zeichnung durch K. gekommen wäre. Durch die wissentliche Pflichtverletzung hat sich Sch. von einer kritischen Prüfung des Objekts auf seine Anlagewürdigkeit abhalten lassen. Bei kritischer Prüfung hätte er K. die Anlage nicht empfohlen, wie dem Vorbringen der Berufungserwidderung zu entnehmen ist, dem die Kläger nicht entgegengetreten sind.

Nach Sachlage bedarf die Frage keiner Vertiefung und abschließenden Entscheidung mehr, ob der Versicherungsschutz bereits deshalb nicht besteht, weil der Steuerberater Sch. bei der Vermittlung von Beteiligungen für Eislaufcenter gewerblich tätig geworden ist und er damit eine mit dem Beruf des Steuerberaters nicht vereinbare Tätigkeit ausgeübt hat (vgl. Ziffer 3 BB i.V. mit Ziffer I Nr. 7 Abs. 1 Satz 1 der Standesrichtlinien). Immerhin ist der Versicherungsnehmer Sch. nicht nur im Falle des Mandanten K. in der beschriebenen Weise tätig geworden, sondern hat auch in dem Fall H. zwei Beteiligungen an Eislaufcentern, und zwar in W. und in K., gegen Provision vermittelt.

#### Weiterführende Hinweise:

Zur Schadenersatzpflicht des StB bei Provisionszahlung: BGH GI 1987, 117 = ZIP 1987, 1054 = NJW RR 1987, 1381 und GI 1987, 84 = NJW RR 1987, 1380 = WM 1987, 725 = VersR 1987, 1036.

Umfangreiche weiterführende Rechtsprechung- und Literaturhinweise befinden sich in GI 1987, 88 f.

## GI Hinweis

Die Centrale für GmbH legt in 3. Auflage das GmbH-Taschenbuch vor. Bearbeiter sind Prof. Dr. Dieter Schulze zur Wiesche, RA Dr. Eder und Dipl.-Volkswirt Herbert Hansen. Der Hauptteil besteht aus einem Lexikon des Gesellschafts-, Bilanz- und Steuerrechts der GmbH. In den 330 Stichworten werden alle bedeutsamen Sachverhalte aus dem Leben der GmbH erfaßt und in kurzer prägnanter und verständlicher Art dargestellt. Darüber hinaus bietet es ein Formulareil mit Gesellschafts- und Geschäftsführerverträgen sowie einer Aufsichtsrats-Geschäftsordnung (Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln 1989, 424 Seiten DIN A6, 48,- DM).

# Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

## (Heft 1–9, 1989)

<b>Abfindungsvergleich</b>			
– Anwaltskosten	89,	2	
<b>Allgemeine Auftragsbedingungen d. Wp</b>			
– Ausschußfrist, § 9 Abs. 3 Nr. 1	89,	94	
<b>Allgemeine Versicherungsbedingungen</b>			
– wissentliche Pflichtverletzung	89,	156	
<b>Anderkonto</b>			
– des Notars	89,	50	
	(LS)		
– Verrechnung mit Gebührenforderung	89,	72	
	(LS)		
<b>Anlageberatung</b>			
– Immobilienkauf 1980	89,	73	
– Liquiditätsbelastung	89,	73	
– Pflicht zur –	89,	73	
– Prognosen	89,	36	
	(LS)		
– Risiken			
= projizierte Steuervorteile	89,	36	
	(LS)		
– Risikobeurteilung d. Anlegers	89,	50	
	(LS)		
– Schaden	89,	36,	73
<b>Auskunftsvertrag</b>			
– stillschweigender Abschluß	89,	42	
– Verjährung	89,	89	
– Werkvertrag	89,	89	
<b>Bekanntgabe d. Steuerbescheides</b>			
– an Mandanten oder StB	89,	22	
<b>Belehrungspflicht d. StB/Wp/RA</b>			
– fehlende Belehrungsbedürftigkeit	89,	12	
= eigene Sachkunde, Zahnarzt			
= eigene Sachkunde, Geschäftsmann	89,	25	
= Nachbearbeitungsauftrag an Kollegen	89,	125,	130
<b>Berichtigung (§ 173 I, 2 AO)</b>			
– grobes Verschulden			
= Überprüfung der Arbeitsergebnisse			
d. Mitarbeiters	88,	22	
<b>Beschlagnahmeverbot, § 97 StPO</b>			
– Buchhaltungsunterlagen	89,	2,	36
<b>Beweislast, s. auch Darlegungslast</b>			
– Belehrungspflicht	89,	28	
– Buchungsfehler	89,	30	
<b>Bilanzerstellung</b>			
– Dritthaftung	89,	95	
– Grundstücksbewertung, Information			
d. Mandanten	89,	2	
– Testat	89,	95	
<b>Buchhaltungsauftrag</b>			
– Löschung von Buchhaltungsdaten	89,	36	
	(LS)		
<b>Darlegungslast f. Regreßanspruch, s. auch Beweislast</b>			
– Buchungsfehler	89,	30	
<b>DATEV-Daten</b>			
– Übertragung auf Kollegen	89,	39	
– Vernichtung von –	89,	39	
<b>Dritthaftung</b>			
– Anwaltsvertrag	89,	3	
– Bilanzerstellung	89,	95	
– Sachwalterhaftung	89,	3	
– aus Testat	89,	95	
<b>Erfolgshonorar</b>			
	89,	145	
<b>Freie Mitarbeiter</b>			
– Abgrenzung Arbeitnehmer	89,	72	
<b>Fristenkontrolle</b>			
– Ausgangskontrolle, Fristenkontrollbuch	89,	94	
<b>Honoraranspruch</b>			
– bei Anschlußkonkurs	89,	33	
– Beweislast f. Gebührenrahmen	89,	34	
– Datenübertragung, § 32 StBGebV	89,	41	
– Erfolgshonorar	89,	145	
– Gebührenrahmen	89,	116	
= neue Umsatzsteuererklärung			
– Gegenstandswert			
= Anerkennungsverfahren f.			
StB-Gesellschaft	89,	34	
– Honorarvorschuß, Rückzahlung	89,	34	
– ordnungsgemäße Honorarrechnung,			
Unterschrift	89,	34	
– Sachverständigengutachten	89,	109	
– des Wirtschaftsprüfers	89,	111	
= Anwendung der StBGebV	89,	111	
<b>Kausalität</b>			
– wirtschaftliche Vorteile bei			
steuerlichen Nachteilen	89,	100	
<b>Konkursverwalter, Haftung des</b>			
– Betriebsfortführung	89,	133	
– Unterrichtung über wirtschaftl. Lage	89,	133	
– Verteilungsverfahren bei Masseschuld,			
neue Rechtsprechung	89,	133	
<b>Kosten d. FG-Prozesses</b>			
– Kostenpflicht d. StB.	89,	87	
<b>Kündigung des Mandats</b>			
– aus wichtigem Grund	89,	109	
<b>Lohnsteuerhilfsverein</b>			
– Beratungsstellenleiter, Steuerfachhilfe	89,	122	
= Halbtagsstätigkeit, § 23 Abs. 3 StBerG			
<b>Mandantengelder</b>			
– Anderkonto des Notars	89,	50	
– Verrechnung mit Gebührenforderung	89,	72	
<b>Mitverschulden</b>			
– Risiken bei Kapitalbeteiligung	89,	50,	73
	(LS)		
– überlegene Sachkunde d. StB.	89,	73	
<b>Nachbesserung</b>			
– Kosten der –, § 633 Abs. 3 BGB	89,	116	
<b>Notar</b>			
– Anderkonto	89,	50	
	(LS)		
– Belehrungspflicht			
= über Versteuerung eines Spekulationsgewinns	89,	94	
– Darlehensauszahlung ohne erstrangige	89,	50	
Grundschuld	(LS)		
– Eigenverantwortlichkeit	89,	94	
– Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung	89,	102	
= Prüfung materieller Fragen	89,	102	
– Hinzuziehung von Mitarbeitern	89,	94	
<b>Praxiswert</b>			
– Abschreibung eines erworbenen –	89,	109	
– 10jährige Umsatzbeteiligung, Bewertungsrecht	89,	122	
<b>Prospekthaftung</b>			
– d. Treuhänders	89,	62	
– Verjährungsbeginn	89,	2	
<b>Provisionsgeschäfte</b>			
– Versicherungsschutz	89,	156	
<b>Rechtsbeistand</b>			
– Konkurs des –	89,	122	
– Sozietät mit Anwaltsnotar	89,	72	
– Zuverlässigkeit	89,	144	

<b>Rechtsberatung/Rechtsbesorgung</b>		
- Geschäftsmäßigkeit	89, 144	
- Kreditberatung	89, 144	
- Pflicht zur Hinzuziehung eines RA	89, 154	
- Sanierungsverhandlungen	89, 144	
- durch Steuerberater	89, 144, 145, 154	
- durch Wirtschaftsprüfer	89, 145	
= Abfassung d. Kaufvertrages	89, 145	
= Verkaufsverhandlungen	89, 145	
<b>Sachwalterhaftung</b>	89, 3	
<b>Sachverständiger</b>		
- Abweichung von Sachverständigengutachten	89, 109	
<b>Schaden</b>		
- Anlageberatung	89, 36	
	(LS)	
- Anwaltskosten b. Abfindungsvergleich	89, 2	
- bei Familienunternehmen	89, 100	
- Geldbuße/-strafe	89, 17	
- erstrangige Grundschuld	89, 50	
	(LS)	
- bei verbundenen Unternehmen	89, 100	
- unrechtmäßiger Vermögensvorteil	89, 79	
<b>Sozietät</b>		
- Anwaltsnotar u. Rechtsbeistand	89, 72	
- Außenprüfung d. unzuständiges FA	89, 108	
- Gewinnfeststellungsbescheid an einen Sozios	89, 108	
- Gewinnfeststellungserklärung	89, 108	
<b>Steuerberatungsgesetz</b>		
- § 23 Abs. 3	89, 122	
= Halbtagsstätigkeit		
- § 57		
= Wirtschaftsberatung,		
Anlagenempfehlung	89, 6	
<b>Steuerberatungsvertrag</b>		
- Auflösung des -		
= fristlose Kündigung	89, 109	
- Inhalt des -	89, 73	
- Löschung von Buchhaltungsdaten	89, 39	
- Mängelbeseitigung	89, 116	
- Pflicht zur allgemeinen Rechtsberatung?	89, 25	
<b>Steuergestaltungsberatung</b>		
- wegen Änderung der Steuerrichtlinien	89, 23	
- Beratung zu gesetzeswidriger Praxis	89, 23	
- Einbringung einer Einzelfirma in eine GmbH	89, 99	
- unentgeltliches Wohnrecht	89, 23	
<b>Steuerverkürzung, § 378 AO</b>		
- durch Steuerberater	89, 46	
<b>Treuhänder</b>		
- Anderkonto des Notars	89, 50	
	(LS)	
- Bauherrengemeinschaft, zustande gekommene	89, 50	
	(LS)	
- Belehrung über steuerl. Risiken	89, 50	
	(LS)	
= Wissensvorsprung d. TH	89, 50	
	(LS)	
- Honoraranspruch d. -		
= bei Minderwohnfläche	89, 62	
- Planungsänderung	89, 64, 90	
- Prospekthaftung d. -	89, 62	
- Prüfung bautechnischer Fragen	89, 62, 90	
- Schaden	89, 50	
	(LS)	
- Versicherungsschutz	89, 51	
<b>Verjährung, § 12 VVG</b>		
- Beginn	89, 51	
- Verjährungshemmung, § 12 II	89, 51	
<b>Verjährung, § 51 BRAO</b>		
- Analogie zu § 852 Abs. 2 BGB	89, 123	
- Wiederholung der Einrede	89, 123	
<b>Verjährung (§ 68 StBerG, § 51 a WPO)</b>		
- Belehrungspflicht über eigene Fehler		
und Verjährungsvorschrift (Sekundäranspruch)		
= Anlaß zur Prüfung u. Belehrung	89, 73, 82	
= Beginn d. Belehrungspflicht	89, 73, 82	
= keine Belehrungspflicht		
- Kenntnis d. Fehlers und d. Verjährungslage	89, 125, 130	
- Unkenntnis über Verjährungsvorschrift	89, 5	
= Mandatsende	89, 82	
= Nachbearbeitungsauftrag an Kollegen	89, 125, 130	
= schuldhafte Verletzung der -	89, 28	
- Verjährungsbeginn		
= Ablauf d. Festsetzungsverjährung	89, 14	
= Betriebsprüfung		
allgemein	89, 14, 44	
= Folgeschäden	89, 45, 82	
= Kapitalanlage	89, 5	
= Kaufvertrag	89, 145	
= Konkurs	89, 45	
= Verlust der 7 b-AfA	89, 28	
= Zahlung d. Steuer	89, 14	
<b>Verjährung, Schadenersatzanspruch</b>		
(§ 51 a WPO)		
- vorvertraglicher Regreßanspruch	89, 145	
- Steuerberatung d. „Nur-Wirtschaftsprüfer“	89, 28	
<b>Verjährung (§ 638 BGB)</b>		
- Mangelfolgeschaden	89, 89	
<b>Verjährung, § 852 BGB, 82 KO</b>		
- Kenntnis des Vertreters	89, 133	
- Verjährungshemmung, § 852 Abs. 2 BGB		
= „Einschlafen“ von Verhandlungen	89, 133	
= Meinungs austausch		
<b>Verschulden</b>		
- durch Kollegialgerichtsentscheidung	89, 104	
<b>Versicherungsschutz</b>		
- Anerkenntnisverbot	89, 50	
	(LS)	
- Anzeigepflichtverletzung	89, 51	
- Bindungswirkung d. Haftpflichturteils	89, 2, 51	
- wissentl. Pflichtverletzung		
= verdeckte Provisionsannahme	89, 156	
= Zahlung vor Fälligkeit	89, 51	
- Relevanzrechtsprechung	89, 53	
- Trennungsprinzip Haftpflicht-/Deckungsprozeß	89, 156	
- Treuhandeltätigkeit	89, 51	
- Verjährung, § 12 VVG	89, 51	
<b>Vollmacht</b>		
- Handeln ohne -	89, 87	
<b>Vorteilsausgleich</b>		
- Anlageberatung	89, 36	
	(LS)	
<b>Vorvertraglicher Regreßanspruch</b>		
- Verjährung des -	89, 145	
<b>Wirtschaftsprüfer</b>		
- Befangenheit, § 319 HGB	88, 22	
- Verdacht d. Vermögensverfalls	89, 72, 122	
<b>Wp-GmbH</b>		
- Durchgriffshaftung d. Geschäftsführers	89, 145	
<b>Zurückbehaltungsrecht</b>		
- an Arbeitsergebnissen	89, 37	
- an Hauptabschlußübersicht und		
Umbuchungsliste	89, 37	
- Konkurs des Mandanten	89, 37	
<b>Zustellung</b>		
- an StB oder Mandanten	88, 22	
<hr/>		
BGH v. 19. 3. 1987 - IX ZR 166/86	89, 50	
	(LS)	
BGH v. 10. 8. 1987 - NotZ 4/87	89, 72	
= NJW 1988, 208		
BGH v. 28. 1. 1988 - IX ZR 102/87	89, 33	
= WM 1988, 472		
BGH v. 3. 2. 1988 - IVa ZR 196/86	89, 34	
= StB 1988, 312		

BGH v. 11.7.1988 – II ZR 232/87 = BB 1988, 1992 = NJW 1989, 293 = WuB IV A § 276 BGB 1.88 Huff = ZIP 1988, 1581 = WM 1988, 1535 = Jub 1989, 324			
BGH v. 27.9.1988 – IX ZR 4/88	89, 36 (LS)		
= EWiR § 676 BGB 2/88, 11, 91 (Medicus) = ZIP 1988, 1464 = WM 1988, 1685 = NJW-RR 1989, 150			
BGH v. 28.9.1988 – IVa ZR 45/87 = VersR 1988, 1275 = WM 1988, 1636 = WuB IV A § 675I, 89; Sturmhoebel	89, 99		
BGH v. 18.10.1988 – XI ZR 12/88 = VersR 1989, 375	89, 95		
BGH v. 20.10.1988 – VII ZR 219/87 = ZIP 1988, 1573 = WM 1988, 1831 = WuB I G 7 Immobilienanlagen 3.89 v. Heymann = NJW 1989, 894	89, 50 (LS)		
BGH v. 25.10.1988 – XI ZR 3/88 = WM 1988, 1755 = ZIP 1988, 1474 = BB 1988, 2428 = EWiR § 67 BGB 1/89, 33 Keller = WuB IV A § 667 BGB 1.89 Sturmhoebel = DStR 1989, 259	89, 37		
BGH v. 10.11.1988 – IX ZR 31/88 = WM 1988, 1853	89, 94		
BGH v. 13.12.1988 – IX ZR 26/88 = INF 1989, 166 = StB 1989, 122	89, 109		
BGH v. 15.12.1988 – IX ZR 33/88	89, 123		
BGH v. 20.12.1988 – IX ZR 88/88 = WM 1989, 450	89, 72		
BGH v. 26.1.1989 – XI ZR 81/88	89, 79		
BGH v. 14.2.1989 – XI ZR 14/88	89, 73		
BayOLG Beschl. v. 17.9.1987 – BReg. 3 Z 76/87 = AG 1988, 18	89, 22		
OLG Celle v. 12.10.1988 – 3 U 278/87	89, 39		
OLG Düsseldorf v. 26.5.1987 – 21 U 259/86	89, 42		
OLG Düsseldorf v. 27.9.1988 – 4 U 245/87	89, 51		
OLG Düsseldorf v. 28.11.1988 – 18 VV 62/88	89, 44		
OLG Düsseldorf v. 26.1.1989 – 18 U 190/88	89, 102		
OLG Düsseldorf v. 16.2.1989 – 18 U 228/88 rkr.	89, 82		
OLG Düsseldorf v. 6.4.1989 – 18 U 215/88 rkr.	89, 111		
OLG Frankfurt v. 2.2.1988 – 14 U 132/86 = NJW 1988, 2807	89, 34		
OLG Hamburg v. 5.4.1989 – 5 U 44/86	89, 145		
OLG Hamburg v. 12.4.1989 – 8 U 231/88, rkr.	89, 125		
OLG Hamm v. 7.10.1988 – 25 U 59/88 rkr. = NJW-RR 1989, 364 = StB 1989, 45	89, 144		
OLG Hamm v. 7.12.1988 – 25 U 34/88	89, 154		
OLG Karlsruhe v. 25.5.1988 – 6 U 232/87 = AnwBl 1989, 244	89, 144		
OLG Köln v. 19.9.1988 – 8 U 13/88	89, 5		
OLG Köln v. 20.9.1988 – 15 U 67/86	89, 62		
OLG Köln v. 14.2.1989 – 9 U 36/88	89, 94		
OLG Köln v. 27.4.1989 – 5 U 175/88	89, 156		
OLG Oldenburg v. 4.11.1988 – 6 U 154/88	89, 23		
OLG Schleswig v. 5.10.1988 – 2 W 120/87 = AnwBl 1989, 245	89, 144		
OLG Stuttgart v. 13.12.1988 – 12 U 30/88	89, 50 (LS)		
LG Aachen v. 2.9.1987 – 4 O 167/87 = StB 1988, 389	89, 34		
LG Arnsberg v. 6.1.1989 – 1 O 207/88	89, 90		
LG Bremen v. 11.10.1988 – 1 O 3478/86 und 1 O 1440/88	89, 133		
LG Darmstadt v. 8.1.1987 – 10 O 245/86	89, 2		
LG Detmold v. 12.12.1987 – 1 O 268/87	89, 25		
LG Dortmund v. 17.12.1987 – 2 O 60/87	89, 2		
LG Düsseldorf v. 19.7.1988 – 10 O 119/88	89, 116		
LG Heidelberg v. 21.9.1988 – 3 O 65/88	89, 14		
LG Hildesheim v. 10.3.1987 – 3 O 551/86, rkr.	89, 130		
LG Hildesheim v. 21.4.1988 – 22 Qs 1/88 = wistra 1988, 327	89, 2		
LG Kiel v. 24.10.1988 – 11 O 302/88	89, 30		
LG Köln v. 25.6.1987 – 24 O 154/87	89, 2		
LG Köln v. 16.2.1989 – 2 U 203/88	89, 89		
LG München I v. 5.5.1987 – 10 O 15390/84	89, 2, 36		
LG München I v. 22.4.1988 – 19 Qs 3/88 = wistra 1988, 326	89, 36 (LS)		
LG Regensburg v. 27.5.1988 – 6 O 566/88 = DStR 1988, 753	89, 50 (LS)		
LG Wuppertal v. 9.2.1988 – 5 O 352/87	89, 35		
AG Euskirchen v. 20.8.1987 – 4 C 227/87	89, 17		
BFH v. 4.6.1986 – VII E 01/86 = BFH NV 1988, 47	89, 34		
BFH v. 21.5.1987 – IV R 124/83 = BFH NV 1988, 760	89, 108		
BFH v. 23.6.1987 – IV R 33/86 = BStBl. 1988, 979	89, 109		
BFH v. 29.7.1987 – I R 367, 379/83 = STEUER-TELEX 0824 = LEXinform 0081194	89, 22		
BFH v. 26.8.1987 – I R 144/86 = BStBl 88 II, 109	89, 22		
BFH v. 10.12.1987 – IV R 53/86 = BFH NV 1988, 752	89, 108		
BFH v. 30.3.1988 – II R 48/87 = BFH NV 1989, 215	89, 122		
BFH v. 19.4.1988 – VII R 85/87 = BFH NV 1989, 49	89, 122		
BFH v. 7.12.1988 – X R 80/87 = DStR 1989, 209	89, 94		
FG Baden-Württemberg v. 22.1.1988 – IX K 237/84 = EFG 1988, 546	89, 46		
FG Rheinland-Pfalz v. 23.3.1987 = EFG 1987, 449	89, 108		
FG München Vorbesch. v. 4.8.1989 – VI 225/86 E, nicht rkr.	89, 87		
LAG Köln Ur. v. 23.3.1988 – 7 Sa 1378/87 = StB 1989, 45	89, 72		
OVG Rheinl.-Pfalz (Koblenz) v. 8.8.1988 – 6 A 2/88 = RBeistand 1988, 223	89, 122		
VerwG München Ur. v. 8.11.1988 – M 16 K 88, 1266 = MittBl. WPK Nr. 133/89	89, 72		
Hess. VGH Ur. v. 19.7.1988 – II UE 1191/86 = AnwBl 1988, 591	89, 144		
Erlaß Nordrhein-Westfalen v. 7.1.1988 – S 0202-4-VC	89, 22 (LS)		

© Gerling-Konzern  
Vertriebs-Aktiengesellschaft  
Abteilung Presse und Information  
Gereonshof, 5000 Köln 1  
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:  
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,  
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger  
schriftlicher Zustimmung.